

Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen Berlin

Planungsbezirk Berlin, Masurenallee 6a, 14057 Berlin, Tel: 030 31003-973, Fax: 030 31003-311

Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen Berlin fasst am 11.05.2022 folgende

Beschlüsse

1. Beschluss-Nr. 01-2022-LA

- a. Für die planungsrechtliche Arztgruppe der Frauenärzte hebt der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen Berlin die Zulassungsbeschränkungen in dem Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, gemäß § 103 Absatz 3 SGB V in Verbindung mit § 26 Bedarfsplanungs-Richtlinie partiell auf.
- b. Die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen erfolgt gemäß § 26 Absatz 1 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie mit der Auflage, dass Zulassungen nur im Umfang von drei Niederlassungsmöglichkeiten erfolgen dürfen.
- c. Der vollständige Antrag auf Zulassung gemäß § 18 Ärzte-ZV für diese Vertragsarztsitze ist vom 11.05.2022 bis zum 22.06.2022 an die Geschäftsstelle des Zulassungsausschusses, Masurenallee 6a, 14057 Berlin, zu richten.
- d. Über fristgerecht und vollständig eingegangene Zulassungsanträge entscheidet der Zulassungsausschuss unter mehreren Bewerbern nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung folgender Kriterien:
 - berufliche Eignung,
 - Dauer der bisherigen ärztlichen Tätigkeit,
 - Approbationsalter,
 - Dauer der Eintragung in die Warteliste gemäß § 103 Absatz 5 Satz 1 SGB V,
 - bestmögliche Versorgung der Versicherten im Hinblick auf die räumliche Wahl des Vertragsarztsitzes,
 - Entscheidung nach Versorgungsgesichtspunkten (siehe z.B. Fachgebietschwerpunkt, Feststellungen nach § 35 Bedarfsplanungs-Richtlinie),
 - Belange von Menschen mit Behinderung beim Zugang zur Versorgung.

e. Abweichend von § 26 Absatz 4 Nummer 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie sind bei Auswahlverfahren in Arztgruppen der allgemeinen fachärztlichen Versorgung gemäß § 12 Absatz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie, zu denen die Arztgruppe der Frauenärzte gehört, diejenigen Bewerber vorrangig zu berücksichtigen, die ihre Zulassung gemäß § 18 Ärzte-ZV für einen Vertragsarztsitz beantragen, der in einem Verwaltungsbezirk liegt, dessen rechnerischer allgemeiner bedarfsgerechter Versorgungsgrad laut Kassenärztlicher Vereinigung Berlin zum Zeitpunkt der Mitteilung der zugelassenen und angestellten Ärzte als Grundlage der Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen in dem Planungsbereich weniger als 90 % beträgt; dies sind die Verwaltungsbezirke Neukölln, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf.

2. Beschluss-Nr. 02-2022-LA

a. Für die planungsrechtliche Arztgruppe der Hausärzte stellt der Landesaus-schuss der Ärzte und Krankenkassen Berlin gemäß § 103 Absatz 1 Satz 1 SGB V in dem Planungsbereich II Berlin, Bundeshauptstadt, fest, dass Über-versorgung nicht besteht.

b. Die Feststellung gemäß § 103 Absatz 1 Satz 1 SGB V i. V. m. § 17 Absatz 3 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie erfolgt mit der Auflage, dass Zulassungen nur im Umfang von 79 Niederlassungsmöglichkeiten erfolgen dürfen.

3. Beschluss-Nr. 03-2022-LA

a. Für die planungsrechtliche Arztgruppe der Hausärzte stellt der Landesaus-schuss der Ärzte und Krankenkassen Berlin gemäß § 103 Absatz 1 Satz 1 SGB V in dem Planungsbereich III Berlin, Bundeshauptstadt fest, dass Überversor-gung nicht besteht.

b. Die Feststellung gemäß § 103 Absatz 1 Satz 1 SGB V i. V. m. § 17 Absatz 3 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie erfolgt mit der Auflage, dass Zulassungen nur im Umfang von 50,5 Niederlassungsmöglichkeiten erfolgen dürfen.

4. Beschluss- Nr. 04-2022-LA

- a. Für die planungsrechtliche Arztgruppe der Kinder- und Jugendärzte hebt der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen Berlin die Zulassungsbeschränkungen in dem Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, gemäß § 103 Absatz 3 SGB V in Verbindung mit § 26 Bedarfsplanungs-Richtlinie partiell auf.
- b. Die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen erfolgt gemäß § 26 Absatz 1 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie mit der Auflage, dass Zulassungen nur im Umfang von 0,5 Niederlassungsmöglichkeiten erfolgen dürfen.
- c. Der vollständige Antrag auf Zulassung gemäß § 18 Ärzte-ZV für diese Vertragsarztsitze ist vom 11.05.2022 bis zum 22.06.2022 an die Geschäftsstelle des Zulassungsausschusses, Masurenallee 6a, 14057 Berlin, zu richten.
- d. Über fristgerecht und vollständig eingegangene Zulassungsanträge entscheidet der Zulassungsausschuss unter mehreren Bewerbern nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung folgender Kriterien:
 - berufliche Eignung,
 - Dauer der bisherigen ärztlichen Tätigkeit,
 - Approbationsalter,
 - Dauer der Eintragung in die Warteliste gemäß § 103 Absatz 5 Satz 1 SGB V,
 - bestmögliche Versorgung der Versicherten im Hinblick auf die räumliche Wahl des Vertragsarztsitzes,
 - Entscheidung nach Versorgungsgesichtspunkten (siehe z.B. Fachgebietsschwerpunkt, Feststellungen nach § 35 Bedarfsplanungs-Richtlinie),
 - Belange von Menschen mit Behinderung beim Zugang zur Versorgung.
- e. Abweichend von § 26 Absatz 4 Nummer 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie sind bei Auswahlverfahren in Arztgruppen der allgemeinen fachärztlichen Versorgung gemäß § 12 Absatz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie, zu denen die Arztgruppe der Kinder- und Jugendärzte gehört, diejenigen Bewerber vorrangig zu berücksichtigen, die ihre Zulassung gemäß § 18 Ärzte-ZV für einen Vertragsarztsitz beantragen, der in einem Verwaltungsbezirk liegt, dessen rechnerischer allgemeiner bedarfsgerechter Versorgungsgrad laut Kassenärztlicher Vereinigung Berlin zum Zeitpunkt der Mitteilung der zugelassenen und angestellten Ärzte als Grundlage

der Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen in dem Planungsbereich weniger als 90 % beträgt; dies sind die Verwaltungsbezirke Treptow-Köpenick und Lichtenberg.

Begründung

Zu 1.:

Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin (KV) hat dem Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen Berlin (LA) mit Schreiben vom 25.04.2022 in einem Planungsblatt gemäß § 4 Absatz 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie zum Stand der allgemeinen fachärztlichen Versorgung mitgeteilt, dass in der planungsrechtlichen Arztgruppe der **Frauenärzte** der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad unter Zugrundlegung der Daten aus dem Einwohnerregister zum Stand vom 31.12.2021 und der zum 01.04.2022 im Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, zugelassenen Ärzte und angestellten Ärzte gemäß § 17 Bedarfsplanungs-Richtlinie rechnerisch 109,2 % beträgt und somit 4,5 Niederlassungsmöglichkeiten bis zur Überschreitung des allgemeinen bedarfsgerechten Versorgungsgrades um 10 % bestehen (vgl. Anlage 1).

Der LA müsste deshalb die Zulassungsbeschränkungen für die planungsrechtliche Arztgruppe der Frauenärzte im Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, an sich im Umfang von 4,5 Niederlassungsmöglichkeiten aufheben.

Ferner hat die KV mitgeteilt, dass Leistungsbegrenzungen im Umfang von 1,25 Vollzeitäquivalenten (Anrechnungsfaktoren im Einzelnen: 1 x 0,5 und 1 x 0,75) bestehen für Arztpraxen von Frauenärzten, die angestellte Ärzte beschäftigen, (vgl. Anlage 1a). Gemäß § 101 Absatz 3a Satz 2 SGB V werden diese Leistungsbegrenzungen bei der Ermittlung des Versorgungsgrades mitgerechnet (vgl. Anlage 1 b).

Das hat für die Arztgruppe der Frauenärzte im Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, zur Folge, dass unter Beachtung des Endens der Leistungsbegrenzung der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad 109,5 % beträgt (vgl. Anlage 1c).

Gemäß § 26 Absatz 1 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie ist die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen mit der Auflage zu versehen, dass Zulassungen nur in einem solchen Umfang erfolgen dürfen, bis für die Arztgruppe Überversorgung eingetreten ist. Nach Mitteilung der KV bestehen bis zum Wiedereintritt der Überversorgung drei Niederlassungsmöglichkeiten (vgl. Anlage 1c).

Gemäß § 99 Absatz 1 Satz 3 SGB V in Verbindung mit §§ 2,3 Bedarfsplanungs-Richtlinie ist in Ziffer 2.1.5 des Bedarfsplans 2022 für die planungsrechtlichen Arztgruppen der allgemeinen fachärztlichen Versorgung gemäß § 12 Absatz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie, zu denen die planungsrechtliche Arztgruppe der Frauenärzte gehört, abweichend von § 26 Absatz 4 Nummer 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie bestimmt, dass nach partieller Öffnung des Planungsbereichs Zulassungen nur in einen Verwaltungsbezirk erfolgen sollen, der nach Mitteilung der KV zum Stichtag 01.04.2022 einen rechnerischen allgemeinen Versorgungsgrad von unter 90 % aufweist (vgl. Anlage 4, Schreiben der KV Berlin vom 02.05.2022).

Gemäß dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 19.10.2011 – B 6 KA 20/11 R – Rn. 24, 25 sind nur diejenigen Bewerber in das Auswahlverfahren einzubeziehen, die in der in dem Beschluss vorgegebenen Ausschlussfrist ihre gemäß § 18 Ärzte-ZV vollständigen Anträge abgegeben haben.

Zu 2.:

Die KV hat dem LA mit demselben Schreiben vom 25.04.2022 in einem Planungsblatt gemäß § 4 Absatz 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie zum Stand der hausärztlichen Versorgung mitgeteilt, dass in der planungsrechtlichen Arztgruppe der **Hausärzte im Planungsbereich II Berlin**, Bundeshauptstadt, der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad unter Zugrundlegung der Daten aus dem Einwohnerregister zum Stand vom 31.12.2021 und der zum 01.04.2022 im Planungsbereich II Berlin, Bundeshauptstadt, zugelassenen Ärzte und angestellten Ärzte gemäß § 17 Bedarfsplanungs-Richtlinie rechnerisch 87,5% beträgt (vgl. Anlage 2).

Deshalb hat der LA festzustellen, dass für die planungsrechtliche Arztgruppe der Hausärzte im Planungsbereich II, Berlin, Bundeshauptstadt, weiterhin keine Überversorgung gemäß § 101 Absatz 1 Satz 3 SGB V besteht.

Gemäß § 17 Absatz 3 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie ist die Feststellung gemäß § 103 Absatz 1 Satz 1 mit der Auflage zu versehen, dass Zulassungen nur in einem solchen Umfang erfolgen dürfen, bis für die Arztgruppe im Planungsbereich II Überversorgung eingetreten ist. Nach Mitteilung der KV bestehen bis zum Eintritt der Überversorgung 79 Niederlassungsmöglichkeiten (vgl. Anlage 2 c).

Angesichts der hohen Anzahl an Niederlassungsmöglichkeiten und der demgegenüber zu erwartenden geringen Anzahl an Niederlassungsinteressenten sieht der LA von der Vorgabe der Durchführung eines Auswahlverfahrens gemäß § 17 Absatz 3 Satz 3 i.V. m. § 26 Absätze 2 bis 5 Bedarfsplanungs-Richtlinie ab.

Zu 3.

Die KV hat dem LA mit demselben Schreiben vom 25.04.2022 in einem Planungsblatt gemäß § 4 Absatz 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie zum Stand der hausärztlichen Versorgung mitgeteilt, dass in der planungsrechtlichen Arztgruppe der **Hausärzte im Planungsbereich III** Berlin, Bundeshauptstadt, der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad unter Zugrundlegung der Daten aus dem Einwohnerregister zum Stand vom 30.12.2021 und der zum 01.04.2022 im Planungsbereich III Berlin, Bundeshauptstadt, zugelassenen Ärzte und angestellten Ärzte gemäß § 17 Bedarfsplanungs-Richtlinie rechnerisch 82,3 % beträgt (vgl. Anlage 2).

Deshalb hat der LA festzustellen, dass für die planungsrechtliche Arztgruppe der Hausärzte im Planungsbereich III, Berlin weiterhin keine Überversorgung gemäß § 101 Absatz 1 Satz 3 SGB V besteht.

Gemäß § 17 Absatz 3 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie ist die Feststellung gemäß § 103 Absatz 1 Satz 1 SGB V mit der Auflage zu versehen, dass Zulassungen nur in einem solchen Umfang erfolgen dürfen, bis für die Arztgruppe im Planungsbereich III Überversorgung eingetreten ist.

Nach Mitteilung der KV bestehen bis zum Eintritt der Überversorgung 50,5 Niederlassungsmöglichkeiten (vgl. Anlage 2c).

Angesichts der hohen Anzahl an Niederlassungsmöglichkeiten und der demgegenüber zu erwartenden geringen Anzahl an Niederlassungsinteressenten sieht der LA von der Vorgabe der Durchführung eines Auswahlverfahrens gemäß § 17 Absatz 3 Satz 3 i.V. m. § 26 Absätze 2 bis 5 Bedarfsplanungs-Richtlinie ab.

Zu 4.

Für die planungsrechtliche Arztgruppe der **Kinder- und Jugendärzte** hat die KV mit dem Schreiben vom 25.04.2022 in einem Planungsblatt gemäß § 4 Absatz 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie zum Stand der allgemeinen fachärztlichen Versorgung mitgeteilt, dass der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad zum Stand vom 01.04.2022 unter Zugrundlegung der Daten aus dem Einwohnerregister zum Stand vom 31.12.2021 und der am 01.04.2022 im Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, zugelassenen Ärzte und angestellten Ärzte, gemäß § 17 Bedarfsplanungs-Richtlinie rechnerisch 109,6 % beträgt und somit 1,5 Niederlassungsmöglichkeiten bis zur Überschreitung des allgemeinen bedarfsgerechten Versorgungsgrades um 10 % bestehen (vgl. Anlage 3). Demnach müsste der LA die Zulassungsbeschränkungen für diese Arztgruppe im Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, an sich im Umfang von 1,5 Niederlassungsmöglichkeiten aufheben.

Nach Mitteilung der KV bestehen Leistungsbegrenzungen im Umfang von 1,0 Vollzeitäquivalenten (Anrechnungsfaktoren im Einzelnen: 2 x 0,5) bestehen für Arztpraxen von Kinder- und Jugendärzten, die angestellte Ärzte beschäftigen (vgl. Anlage 3a). Gemäß § 101 Absatz 3a Satz 2 SGB V werden Leistungsbegrenzungen bei angestellten Ärzten von zugelassenen Kinder- und Jugendärzten bei der Ermittlung des Versorgungsgrades mitgerechnet (vgl. Anlage 3b).

Das hat für die Arztgruppe der Kinder- und Jugendärzte im Planungsbereich Berlin, Bundeshauptstadt, zur Folge, dass aufgrund des Endens der Leistungsbegrenzungen der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad 109,9 % beträgt (vgl. Anlage 3c).

Gemäß § 26 Absatz 1 Satz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie ist die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen mit der Auflage zu versehen, dass Zulassungen nur in einem solchen Umfang erfolgen dürfen, bis für die Arztgruppe Überversorgung eingetreten ist. Nach Mitteilung der KV bestehen bis zum Wiedereintritt der Überversorgung 0,5 Niederlassungsmöglichkeiten (vgl. Anlage 1c).

Gemäß § 99 Absatz 1 Satz 3 SGB V in Verbindung mit §§ 2,3 Bedarfsplanungs-Richtlinie ist in Ziffer 2.1.5 des Bedarfsplans 2022 für die planungsrechtlichen Arztgruppen der allgemeinen fachärztlichen Versorgung gemäß § 12 Absatz 1 Bedarfsplanungs-Richtlinie, zu denen die planungsrechtliche Arztgruppe der Kinder- und Jugendärzte gehört, abweichend von § 26 Absatz 4 Nummer 3 Bedarfsplanungs-Richtlinie bestimmt, dass nach partieller Öffnung des Planungsbereichs Zulassungen nur in einen Verwaltungsbezirk erfolgen sollen, der nach Mitteilung der KV zum Stichtag 01.04.2022 einen rechnerischen allgemeinen Versorgungsgrad von unter 90 % aufweist (vgl. Anlage 4, Schreiben der KV Berlin vom 02.05.2022).

Gemäß dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 19.10.2011 – B 6 KA 20/11 R – Rn. 24, 25 sind nur diejenigen Bewerber in das Auswahlverfahren einzubeziehen, die in der in dem Beschluss vorgegebenen Ausschlussfrist ihre gemäß § 18 Ärzte-ZV vollständigen Anträge abgegeben haben.

Die Beschlüsse Nr. 01-2022-LA bis 04-2022-LA sind der für die Sozialversicherung zuständigen obersten Landesbehörde gemäß § 90 Absatz 6 Satz 1 SGB V vorzulegen; die Nichtbeanstandung ist gemäß § 90 Absatz 6 Satz 2 SGB V Voraussetzung für ihr Wirksamwerden.

Der LA veröffentlicht die Beschlüsse gemäß § 16b Absatz 4 Ärzte-ZV in den für amtliche Bekanntmachungen der KV vorgesehenen Blättern und weist zugleich daraufhin, dass die Beschlüsse bereits mit dem Zugang beim Zulassungsausschuss wirksam werden.


Erika Behnsen

Vorsitzende des
Landesausschusses der Ärzte und Krankenkassen Berlin